

**Antragssteller: UB Bremen-Stadt**

Die Landesmitgliederversammlung der Jusos Bremen möge beschließen:

Der SPD-Landesparteitag möge beschließen:

**A 3: 29 Euro Ticket anstelle von 49 Euro**

1 Wir fordern die landesweite Subventionierung des Deutschlandtickets (49 €-Tickets) für  
2 Schüler:innen, Studierende, Auszubildende und FSJler:innen, durch den Senat.

3 Bremen muss jetzt handeln und ein vergünstigtes Ticket für alle genannten Gruppen ein-  
4 führen. Das Ticket soll höchstens 29€ kosten. Langfristig fordern wir einen ticketfreien  
5 und umlagefinanzierten ÖPNV in ganz Deutschland.

**6 Begründung:**

7 Das 49 €-Ticket ist die Fortsetzung des 9 €-Tickets und soll einen deutschlandweiten öf-  
8 fentlichen Nahverkehr ermöglichen. Bund und Länder haben sich nach der erfolgreichen  
9 Durchführung des 9 €-Tickets auf eine Weiterführung dieses Modells geeinigt. Zum 01.  
10 Mai 2023 soll das 49 €-Ticket starten und ab 03. April 2023 soll das Ticket in den Verkauf  
11 gehen.

12 49 € sind jedoch nicht für die gesamte Bevölkerung in Deutschland verkraftbar und sozial  
13 verträglich, weshalb Bundesländer, wie Bayern, Brandenburg, Berlin oder auch Bremen  
14 bereits eine 29 € Alternative im Gespräch haben. Häufig ist diese aber auf bestimmte Be-  
15 reiche wie die Innenstadt oder auch Personengruppen (Schüler:innen, FSJler:innen, Aus-  
16 zubildende) beschränkt.

17 Großes Problem an der ganzen Sache ist, dass Studierende nicht mitgedacht werden!  
18 Diese Annahme wurde jetzt zwar schon in der Verkehrsminister:innenkonferenz demen-  
19 tiert, jedoch bekommen wir noch nichts davon zu spüren.

20 Seit dem 23.03.2023 ist klar, das 29 €-Ticket kommt erstmal nicht. Stattdessen soll es die  
21 Möglichkeit geben, das Semesterticket aufzustocken. Studierende sollen dann die Mög-  
22 lichkeit haben, die fehlenden Euro, bis zu einem Betrag von 49 € selbst zu bezahlen, um  
23 dann die gleichen Leistungen erhalten zu können. Für Studierende in Bremen bedeutet  
24 das fast 100 € mehr im Semester.

25 Das hört sich vielleicht erstmal nicht nach viel an, doch bedenkt man die steigenden Le-  
26 benskosten und die unzureichende Anpassung des BAföG Höchstsatzes, dann ist dies eine  
27 massive Mehrbelastung für Studierende. Schon jetzt sind fast 80 % der Studierenden ar-  
28 mutsgefährdet und rund 30 % der Studierenden von Armut betroffen.

29 Wir stellen also fest, dass den Studierenden in einer Krisensituation abverlangt wird,  
30 noch mehr in die Tasche zu greifen und bis an den Rand des Existenzminimums zu gehen,  
31 um dann einen Hochschulabschluss zu erlangen. Es hört sich nach Satire an, aber es ist

32 die traurige Wahrheit. Nicht nur, dass die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg eine ge-  
33 waltige Belastung für die Studierenden darstellen, will man diese Situation nun auch noch  
34 verschlimmern.

35 Auch die lange erwartete „Energiepauschale“ ändert nichts an der prekären Situation der  
36 Studierenden. Die 200 €, die man erst seit 15.03.2023 beantragen kann, sind nur ein Trop-  
37 fen auf dem heißen Stein und kommen mehr als ein halbes Jahr zu spät. Daneben ist der  
38 Prozess der Beantragung hoch kompliziert und überlaufen, sodass viele Studierende das  
39 Geld noch gar nicht beantragt haben.